

# Jäger schießen gegen Wald-vor-Wild-Bündnis

## Kreisjagdverband spricht von wirtschaftlichen statt ökologischen Interessen

VON SILKE SCHEDER

Lenggries – Heuchelei und plumpe Argumente wirft der Kreisjagdverband Bad Tölz einem Wald-vor-Wild-Bündnis aus dem Nachbarlandkreis Miesbach vor. Wie berichtet fordern Vertreter von Bund Naturschutz (BN), Waldbesitzer und Revierförster höhere Abschusszahlen. So soll Wildverbiss eingedämmt werden – und der Umbau hin zu klimastabilen Wäldern gelingen.

Kreisjagdverbandsvorsitzender Wolfgang Morlang aus Lenggries findet dazu deutliche Worte: „Die von den selbst ernannten Ökojägern, vom BN und manchen Teilen der Waldbauern wiederkehrenden Forderungen nach höheren Abschusszahlen für Reh, Rotwild und Gams haben allein wirtschaftliche Interessen und nicht – wie heuchlerisch ständig wiederholt – die Sorge um den Wald als Ökosystem“, heißt es in einer von ihm verfassten Pressemitteilung. Keines der Argumente drehe sich darum, die natürliche Waldzusammensetzung zu stabilisieren. Es gehe allein darum, ökonomisch verwertbare Baumarten ohne viel Aufwand hochzubringen. Diese wirtschaftlichen Interessen seien zwar ein legitimes Ziel eines jeden Waldbauern. „Dann aber sollte das auch ehrlich so als rein wirtschaftliches Ziel verkauft werden, statt den Retter des Ökosystems Wald vorzugaukeln“, findet Morlang.



**Pressetermin im Wald:** Ende August trafen sich Anhänger eines Wald-vor-Wild-Bündnisses im Hartpenninger Revier. Auf deren Aussagen reagierte nun der Kreisjagdverband Bad Tölz mit deutlichen Worten. Auf dem Bild zu sehen sind: (v. li.) Hans Kornprobst, Sprecher des BN-Landesarbeitskreises Wald, BN-Landesvorsitzender Richard Mergner, Michael Lechner (WBV Holzkirchen) und Revierförster Robert Wiechmann.

Der Lenggrieser reagiert damit unter anderem auf Aussagen des BN-Landesvorsitzenden Richard Mergner. Der hatte bei einem Pressetermin Ende August in Hartpenning gesagt: „Wir brauchen eine Jagd, die mithilft, dass der Wald wachsen kann.“ Der Wald zeige, „ob die Jagd stimmt“. Als Beispiel diene das Hartpenninger Revier: 180 Rehe im Jahr werden hier

pro Jahr geschossen. „Als wir mal nur 20 Stück weniger geschossen haben, war das im Wald deutlich abzulesen“, sagte der zuständige Jagdvorsteher. Aus Sicht der Waldbesitzervereinigung Holzkirchen heißt das: Die 180er-Quote ermöglicht es dem Wald, aus eigener Kraft den Umbau hin zu einem klimafesten Mischbestand mit Tanne, Buche und Eiche zu be-

werkstelligen. Ziel sei es, dass standortheimische Baumarten ohne Schutzmaßnahmen aufwachsen könnten.

In mehr als der Hälfte der bayerischen Jagdreviere seien die Wildbestände aber so hoch, dass Laubbäume und Tannen nicht ohne teure Schutzmaßnahmen wachsen könnten.

Der Kreisjagdverband kon-

tertert, dass nicht einmal klar sei, wie viele Rehe, Hirsche und Gämsen es im Freistaat gebe, heißt es in der Pressemitteilung. Trotzdem werde gepredigt, dass es zu viel Wild gebe und dass deshalb der Wald kurz vor dem Untergang stehe. „Sicher, es ist halt einfach, den Jägern und dem Wild die Schuld in die Schuhe zu schieben, um von eigenen Fehlern abzulenken“, sagt Morlang. Die Jagd

könne den Waldumbau zwar unterstützen. Sie könne aber nur eine von vielen Baustellen sein.

Der Zeitpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung kommt nicht von ungefähr. Die Novellierung des Bundesjagdgesetzes steht an. Der Entwurf müsse unbedingt im Sinne einer waldfördernden Jagd nachgeschärft werden, sagt BN-Landesvorsitzender Richard Mergner. Nach Ansicht des Kreisjagdverbands Bad Tölz muss in den Entwurf dagegen den Wildtieren ein viel höherer Stellenwert eingeräumt werden. Der Schwerpunkt liege aktuell ausschließlich auf der Situation der Waldbestände. „Es wird aber nicht das Waldgesetz novelliert, sondern das Jagdgesetz“, heißt es in der Pressemitteilung.

Morlang zufolge sei ein ausgeklügeltes, auf lange Zeit angelegtes und auf wildbiologischen Erkenntnissen basierendes Konzept nötig. Dieses müsste waldbauliche Maßnahmen ebenso wie jagdliche Methoden berücksichtigen. Es reiche nicht, „plump nach immer höheren Abschusszahlen zu rufen“.

## IN KÜRZE

### Hinterriß Unter Hoflader eingeklemmt

Unter einem umgekippten Hoflader wurde am Samstagvormittag ein 32-Jähriger bei einem Arbeitsunfall in Hinterriß (Gemeinde Vomp/Tirol) eingeklemmt. Laut einer Mitteilung der Polizeidienststelle im österreichischen Jenbach lenkte der Mann das Fahrzeug gegen 11 Uhr auf seinem Privatgrundstück schräg auf eine leichte Böschung. Er wollte mit einer am Hoflader montierten Gabel einen Baumstamm anheben, offenbar um ihn zu unterlüften. Dabei rutschte das Fahrzeug ab, fiel um und klemmte den 32-Jährigen ein. Er brach sich nach Angaben der Polizei den Unterschenkel. Ein Freund konnte ihn befreien. Ein Rettungsschrauber brachte ihn nach der Erstversorgung durch die Helikopterbesetzung ins Krankenhaus nach Garmisch-Partenkirchen. ast

### Greiling Stauende übersehen: Auffahrunfall

Das Stauende auf der Bundesstraße 472 vor Bad Tölz übersehen hat am Samstagvormittag gegen 11 Uhr ein 43-Jähriger aus Berg. Er fuhr nach Angaben der Polizei mit seinem Peugeot auf den vorausfahrenden Peugeot einer 29-Jährigen aus Chieming (Landkreis Traunstein) auf. Die Frau und ihr 21-jähriger Mitfahrer aus Trostberg (ebenfalls Kreis Traunstein) wurden durch den Aufprall leicht verletzt. Beide Fahrzeuge waren so beschädigt, dass sie abgeschleppt werden mussten. Der entstandene Sachschaden wird auf etwa 15 000 Euro geschätzt. va

### Sachsenkam/Bad Tölz Alkohol am Steuer

Wegen Trunkenheit im Verkehr muss sich eine Sachsenkaminerin verantworten. Eine aufmerksame Verkehrsteilnehmerin teilte der Polizei am Samstagabend gegen 19.45 Uhr mit, dass ein Wagen auf der Bundesstraße 13 in Schlangenlinien unterwegs war. Eine Streife hielt den VW auf der Tölzer Flinthöhe an. Den Beamten wurde schnell der Grund für die auffällige Fahrweise klar: Die 36-jährige Fahrerin aus Sachsenkam stand unter erheblichem Alkoholeinfluss. Eine Blutentnahme wurde durchgeführt, der Führerschein der Sachsenkaminerin sichergestellt. va

### Lenggries Bauausschuss tagt am Montag

Der Lenggrieser Bauausschuss kommt am diesem Montag um 18 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses zusammen. Unter anderem geht es um die Nutzungsänderung der Halle am Bahnhofplatz. Dort war bislang das BRK untergebracht, jetzt soll das gemeindliche Wasserwerk einziehen. va

### Gaißbach Sitzung des Gemeinderats

Die Gaißbacher Gemeinderäte besprechen bei ihrer nächsten Sitzung am Dienstag, 15. September, unter anderem die Errichtung eines gemeindlichen Wohnbaus am Bacherwald sowie diverse Festlegungen zum Kindergartenneubau. Beginn ist um 19 Uhr in der Schulaula. ig

## Stützmauer wird saniert: Ampel bei Wegscheid

### Staatliches Bauamt hat Bedenken wegen Verkehrssicherheit – Abschnitt soll grundlegend saniert werden

Wegscheid/Lenggries – Die Staatsstraße 2072 von Wegscheid nach Lenggries ist seit einer Woche nördlich von Wegscheid halbseitig gesperrt. Hier wird eine straßenbegleitende Stützmauer saniert. Die Arbeiten dauern voraussichtlich noch bis Anfang Oktober, teilt das Staatliche Bauamt Weilheim mit.

Die Kosten für die Sanierung betragen rund 60 000 Euro, so Christoph Prause, Abteilungsleiter Brückenbau, auf Nachfrage. Die Mauer sei in einem so schlechten Zustand, dass die Arbeiten nicht aufschiebbar seien. Die Mauer ist knapp 54 Meter lang und teilweise bis zu zwei Meter hoch. Errichtet wurde sie 1962. Die Mauer stützt den westlich der Stra-

ße beginnenden Berg ab. Die Mörtelfugen zwischen den Steinen seien mittlerweile größtenteils ausgebrochen oder ausgewaschen, berichtet Prause. „Die Mauersteine wurden durch Frost-Tau-Wechsel stark angegriffen, sind teilweise ausgebrochen und müssen erneuert werden.“ Die witterungsbedingten Schäden hätten schon dazu geführt, dass die Mauer großflächig bewachsen sei.

Um die Instandsetzung kümmert sich jetzt eine Fachfirma. Zunächst wird der Bewuchs entfernt, dann werden die ausgebrochenen Bereiche mit neuen Steinen vermauert und die schadhafte Fugen erneuert.

Insgesamt soll der Abschnitt zwischen Wegscheid



**Eine Stützmauer an der Staatsstraße 2072** zwischen Wegscheid und Lenggries ist in so schlechtem Zustand, dass sie aktuell saniert werden muss. FOTO: ARNDT PROHL

und Lenggries aber grundlegend saniert werden. Ein Zeitplan für den Beginn der Straßenerneuerung steht aber noch aus.

Derzeit laufen Grundstücksverhandlungen, in die die Gemeinde, Privateigentümer und das Staatliche Bauamt involviert seien, berichtet Prause. Man erhoffe sich von freien Grundstücksverhandlungen beziehungsweise einem Tausch mehr als über ein bürokratisches Planfeststellungsverfahren, so der Abteilungsleiter. Wird die Straße grundlegend saniert, werde die Stützmauer entfallen. Aufgrund des derzeit so schlechten baulichen Zustands könne man eine Sanierung aber nicht noch länger hinauszögern. müh

## GEMEINDERAT WACKERSBERG

### Küche für die Gemeinschaft

Für das günstigste Angebot entschied sich der Wackersberger Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung, als es um den Kauf einer kleinen Küchenzeile für den Pavillon beim Mehrgenerationen-Haus am Burgwald ging. Allerdings solle darauf geachtet werden, dass die neue Küche möglichst viele Ablageflächen und dafür weniger Schränke hat. „Das kommt den Bedürfnissen der Bewohner in dem Gemeinschaftsraum eher entgegen“, erklärte Ditte Bürgermeisterin Maria Wolf.

### Bäume an der Töl 7 müssen weg

Einstimmig angenommen hat der Wackersberger Rat in seiner jüngsten Sitzung das Angebot der Rieder Firma Landschaftspflege Mayr zur Fällung einiger vom Eschen-

trieb-Sterben befallener Bäume nahe des Heizwerks an der Kreisstraße Töl 7 für rund 10 000 Euro. „Das müssen wir machen lassen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten“, hatte Bürgermeister Jan Göhzold erklärt. „Dabei müssen einige Bäume gefällt und andere lediglich zurückgeschnitten werden.“ Da während der Fällung eine Vollsperrung der Kreisstraße notwendig ist, sollen sie Arbeiten so schnell wie möglich durchgeführt werden, solange die Straße wegen der aktuellen Arbeiten ohnehin nicht befahrbar ist.

### Kalkofenstraße gleich Flickenteppich

Zurückgestellt hat der Gemeinderat den Antrag auf Sanierung einer Hofeinfahrt an der Kalkofenstraße in Arzbach. „Da müssen wir sowieso etwas machen, da die Straße einem Flickenteppich

gleich“, führte Klaus Braun an. So beschloss das Gremium, einen Planer für die Sanierung der Straße zu beauftragen. In einem ersten Bauabschnitt soll dabei das Teilstück vom Feuerwehr-Gerätehaus bis zur Brücke in Angriff genommen werden.

### Spenden an örtliche Vereine

Einstimmig beschlossen hat der Gemeinderat die Liste der alljährlichen freiwilligen Zuwendungen für Vereine und karitative Organisationen. Dabei sollen die jeweiligen Beträge der vergangenen Jahre beibehalten werden. Auf Antrag von Barbara Camelly wurde der Förderverein der Grundschule in Höfen neu aufgenommen. Er wird erstmals 150 Euro erhalten. „Wenn sie im Einzelfall mehr benötigen, sollen sie halt einen Antrag stellen“, so der einstimmige Tenor. esc

## Jachenau gibt sich klare Regeln für Dachgauben

Jachenau – Klare Verhältnisse hat der Jachenauer Gemeinderat in Sachen Dachgauben geschaffen. In der jüngsten Sitzung beschloss das Gremium entsprechende Regeln in der Ortsgestaltungssatzung.

Waren in der Vergangenheit Dachgauben beantragt worden, fehlte es dem Jachenauer Gemeinderat an eindeutigen Maßgaben. „In der Ortsgestaltungssatzung stand dazu bisher nichts drin“, erklärt Rathaus-Geschäftsleiter Felix Kellner. Eine Abstimmung mit dem Landratsamt habe nun ergeben, dass es rechtlich problematisch sein könnte, je nach Einzelfall zu entscheiden.

Eine Frage, die sich stellt, ist zum Beispiel, wie breit die Dachgaube sein darf. „Viele haben den Wunsch, das Dach zum Wohnen auszubauen“,

erklärt Kellner. Weil der Gemeinderat prinzipiell eine solche Nachverdichtung befürworte, habe sich das Gremium hier für eine eher großzügige Regelung entschieden und lasse zu, dass die Dachgaube bis zu 40 Prozent der Dachbreite einnehme. „Zu schmale Dachgauben wollen wir aber auch nicht.“ Daher gelte eine Mindestbreite von 25 Prozent. Für eine im Vergleich zu anderen Gemeinden kulante Regelung entschied man sich auch bei der Dachneigung, die zwischen 20 und 28 Grad liegen darf.

Festgelegt wurde auch, dass die Gaube weitgehend mittig liegen muss. Dazu muss sie ein Viertel der Dachbreite vom äußeren Rand entfernt sein. Bei Doppelhäusern lässt die Gemeinde zwei bau-

gleiche Dachgauben zu, die ein symmetrisches Bild abgeben sollen.

Bei gewerblichen und landwirtschaftlichen Gebäuden, etwa Stadeln oder Silobunkern, lässt der Gemeinderat eine Abweichung von der Ortsgestaltungssatzung zu, etwa beim Dachmaterial. Hier seien zum Beispiel auch Pult- oder Flachdächer zugelassen, so Kellner.

Diskutiert wurde im Gemeinderat, ob es in der Ortsgestaltungssatzung bei der Pflicht zu Sprossen in Fenstern ab 0,6 Quadratmetern Fläche bleiben soll. Das Gremium einigte sich darauf, diese Regel beizubehalten, „um eine Handhabe zu haben, falls jemand grob davon abweicht“, so Kellner. Denn große Glasfronten will man verhindern. ast